

## A- Klimaschutz und Energie

Die Klimakrise ist da – 2016 war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Zugleich verpflichtete sich auch Deutschland im Pariser Klimaabkommen, die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen.

1. Halten Sie es für notwendig, die Treibhausgase in allen Bereichen drastisch zu reduzieren?

Ja. Meine Partei und ich stehen für die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens. Um diese zu erreichen ist eine Reduzierung in allen Bereichen nötig.

2. Sind Sie für ein Ende der Kohleförderung (Tagebau) und -verstromung in Deutschland deutlich vor 2030?

Ja. Wir streben einen vollständigen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2025 an. Die schmutzigsten 20 Kohlekraftwerke sollen sofort außer Betrieb gehen. Neue Tagebaue lehnen wir ab. Bestehende Förderanlagen wollen wir schnellstmöglich schließen.

3. Bis wann strebt Ihre Partei an, die Stromerzeugung vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen?

Spätestens 2030.

4. Sind Sie dafür, in der nächsten Legislaturperiode eine CO<sub>2</sub> und Brennelementesteuer -notfalls auch im nationalen Alleingang- einzuführen?

CO<sub>2</sub>-Steuer: Wir wollen den EU-Emissionshandel reformieren. Überschüssige CO<sub>2</sub>-Zertifikate müssen gelöscht werden. Dadurch wird CO<sub>2</sub>-Ausstoß in der Produktion auch im Produktpreis sichtbar und es gibt einen fairen Wettbewerb für klimafreundliche Alternativen. Zudem wollen wir einen gesetzlichen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis als Anreiz für weitere Klimaschutzmaßnahmen in Betrieben. Durch diesen Mindestpreis generierte Einnahmen stecken wir in weitere Klimaschutzmaßnahmen wie kohlenstoffarme Industrieprozesse und die sozial verträgliche, energetische Gebäudemodernisierung.

Brennelementesteuer: Ja, wir wollen eine Wiedereinführung erreichen.

5. Sehen Sie in der alltäglichen Energieverschwendung unserer Gesellschaft ein Problem und mit welchem Konzept wollen Sie ihr entgegensteuern?

Im Strombereich wollen wir das „Top Runner“-Prinzip einführen: : Für alle Geräte mit dem gleichen Einsatzspektrum wird das effizienteste Gerät zum Standard erhoben. Stromfresser, die diesen Standard nicht binnen drei Jahren erreichen, verschwinden vom Markt. Außerdem Mit unserem Programm „Faire Wärme“ und konkreten Fördermaßnahmen zum Energiesparen greifen wir dabei auch den Privathaushalten unter die Arme. Wir wollen die Nutzung erneuerbarer Wärme im Gebäudebestand voranbringen, die energetische Modernisierung von Häusern und ganzen Stadtvierteln fördern sowie Nahwärmenetze und Abwärmenutzung ausbauen.

6. Werden Sie dafür stimmen den Ausstieg aus der Kernenergie zu beschleunigen und in der Verfassung festzuschreiben?

Für beide Punkte würde ich stimmen.

## B- Verkehr

Die Zunahme der motorisierten Mobilität und die Ausweitung des Warenverkehrs verursachen neben der weltweiten Klimakatastrophe auch vielfältige lokale bis nationale Schäden wie Lärm, Unfälle, Zerschneidung der Landschaft, Krankheiten, Verödung der Städte. Eine „Verkehrswende“ ist daher unausweichlich.

1. Welches Verkehrsmittel nutzen Sie überwiegend in Alltag, bei der Arbeit und im Urlaub?

In Alltag und Urlaub das Fahrrad. Bei der Arbeit in der Landwirtschaft meist Geländewagen oder Traktor.

2. Welches Verkehrsmittel halten Sie auf lokaler bis nationaler Ebene für am geeignetsten um die angesprochenen Probleme abzumildern und wie sollte dieses gefördert werden?

Lokal, in Städten und Gemeinden Fahrrad und ÖPNV für die vorrangig förderungswürdigen Verkehrsmittel. Wir brauchen gute Radwege, Parkmöglichkeiten und eine Gleichbehandlung der Verkehrsteilnehmer. Zudem muss es möglich sein, überland sicher und zügig, auch mit dem Fahrrad unterwegs zu sein. Eine Optimierung des Fahrradleitsystems ist hier dringend nötig. Der ÖPNV muss gut vernetzt, getaktet und attraktiv ausgestattet sein sowie möglichst abgasfrei aufgestellt sein. Wir wollen eine Vernetzung der Verkehrsverbünde und Verkehrsträger bundesweit. Überregional wollen wir die Bahn stärken und attraktiver machen. Mit dem „Deutschlandtakt“ wollen wir vom ICE bis zur Regionalbahn optimale Verbindungen schaffen, um Bahnreisen noch schneller und komfortabler zu gestalten. Das Aufkommen an PKW wollen wir so verringern. PKW sollen ab 2030 nur noch zugelassen werden, wenn sie abgasfrei sind.

3. Sollten die Nutzer der verschiedenen Verkehrsmittel zumindest finanziell die von verursachten Schäden ausgleichen? Sind Sie beispielsweise für eine EU-weite Anhebung der Mineralöl- und Flugbenzinsteuern auf ein entsprechendes Maß?

Für eine gerechte Finanzierung wollen wir die Kfz-Steuer reformieren und ein Bonus-Malus-System für Neuwagen einführen. Wer viel CO<sub>2</sub>, Nox und Feinstaub-Emissionen verursacht, zahlt dann mehr. Wir GRÜNE wollen die Besteuerung von Dienstwagen künftig an den CO<sub>2</sub>-Ausstoß koppeln und verbrauchsarme Pkw deutlich besserstellen. Fliegen muss über die Kerosinsteuer verteuert und unattraktiv gemacht werden.

4. Soll Kfz, die die Abgasnormen nicht erfüllen, die Betriebserlaubnis entzogen werden?

Wir wollen, dass die Fahrzeuge, die die Industrie den Menschen verkauft auch die gesetzlichen Vorgaben erfüllen. Tun sie dies nicht, fordern wir eine entsprechende Umrüstung durch den Hersteller. Ein pauschales Entziehen von Betriebserlaubnissen bestaft die betrogenen KundInnen und belohnt die Hersteller mit einem indirekten Konjunkturpaket, da es eine Welle von Neukäufen gäbe. Dies halte ich weder für ökologisch, noch für gerecht.

5. Halten Sie es für richtig, daß statt einer Verkehrswende (weg vom MIV, mehr ÖPNV+Bahn+Rad) immer noch eine Vielzahl von Straßen neu- und ausgebaut wird? Als Beispiel aus unserer Region sei die Ortsumgehung der B 270 Olsbrücken genannt.

Nein, das finde ich falsch. Ich halte unser Straßennetz für ausreichend. Statt Neubau sollten wir auf Instandhaltung setzen und den ÖV stärken. Im Güterverkehr müssen wir hin zu mehr Schiene und auf regionale Wirtschaftskreisläufe setzen. Zudem verschreiben wir uns dem Null-Hektar-Ziel verschrieben. Es soll nicht mehr Fläche beansprucht werden, als anderswo frei wird. In dieses Konzept passt kein serienmäßiger Ausbau von Straßen.

6. Sind Sie für die öffentliche Subventionierung von Bau und Betrieb von Flughäfen?

Nein. Wie oben beschrieben möchte ich Flüge auf ein absolutes Minimum reduzieren. Insbesondere Regionalflughäfen wie der Hahn sind ökologische Katastrophen und tragen zu einer Kultur des unbesonnen Vielfliegens bei.

## C- Globalisierung

Die Menschheit lebt immer schneller über ihre Verhältnisse: Global betrachtet war der diesjährige Erdüberlastungstag am 2. August (1987 war es noch der 19.12.). Deutschland hatte sein ökologisches Konto bereits am 24.4.17 überzogen. Das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA sowie das CETA-Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada sind nicht geeignet, einen fairen Welthandel zu fördern, der auf ökologischen und sozialen Grundsätzen basiert und diese Entwicklung bremsen kann.

1. Soll der existierende CETA-Vertrag in der ausgehandelten Form ratifiziert werden?

Nein, ich schließe mich Ihrer Einschätzung an.

2. Dürfen internationale Konzerne außerhalb der nationalen Justiz Sonderklagerechte erhalten?

Nein. Sonderklagerechte führen unsere Rechtsordnung ad absurdum. Wo Rechtsstaatlichkeit herrscht braucht es keine Zweifelhaften Parallelsysteme.

3. Sind in der internationalen Handels- und Rohstoffpolitik die Belange des Klima-, Umwelt- und Artenschutzes sowie der Entwicklungszusammenarbeit ausreichend berücksichtigt? Falls nein- wie sollten die Defizite beseitigt werden?

Nein. Es gibt hier noch sehr viel zu tun. In der Handelspolitik muss darauf geachtet werden, dass regionale Märkte sowohl in Übersee als auch bei uns vor überflüssigen Importen geschützt werden. Austauschbare Produkte, z.B. Lebensmittel und Baustoffe sollen da herkommen wo sie gebracht werden und nicht einmal um den Globus geschifft werden. Bei Im- und Exporten muss der CO2-Ausstoß eingepreist werden. Menschenrechte gelten weltweit und sind nicht verhandelbar. Wir dürfen in Europa nicht auf Kosten anderer Leben.

4. Die Weltbevölkerung steigt laut VN-Prognosen von derzeit 7,6 bis 2050 auf knapp 10 Milliarden an. Bei gleichzeitig angestrebter Ausweitung des Wohlstands ist eine Ausweitung der Verteilungskämpfe und Migrationsbewegungen absehbar? Wie wollen Sie diese Entwicklung bremsen?

Wir brauchen einen Pakt mit den ärmsten Ländern der Welt, in denen Kinderreichtum immernoch als Altersversorgung gilt. Wir müssen Hilfe zur Selbsthilfe anbieten, Aufklärung betreiben und die Rechte von Frauen stärken. In Kooperation mit Bauern vor Ort muss Lebensmittelknappheit bekämpft werden, die Implimentierung unserer Wirtschaftsweisen ist häufig kontraproduktiv. Unsere Aufgabe ist es, auch den ärmsten Ländern der Welt auf Augenhöhe zu begenen und sie nicht auszubeuten.

5. Umweltschädliche Subventionen müssen gestrichen, die Finanz- und Handelssysteme sozial-ökologisch umgebaut werden. Welche weiteren Grundlagen internationaler Handelsabkommen sehen Sie für wichtig an?

Wahrung von Menschenrechten in den beteiligten Staaten, das Einhalten von Sozialstandards und Einschränkungen unnötigen Warenverkehrs bei austauschbaren Gütern.

6. Der Ressourcenverbrauch ist drastisch zu reduzieren. Ressourcenschonende Produkte und Produktionsweisen müssen umfassend gefördert werden. Sehen Sie z.B. in einer verminderten Mehrwertsteuer auf Reparaturen, Entlastung von Abgaben auf Arbeit und stattdessen Verteuerung von Roh- und Brennstoffen ein geeignetes Regulierungsinstrument?

Wir wollen eine ökologische Steuerreform. Durch den Abbau klimaschädlicher Subventionen wollen wir in einem ersten Schritt 12 Mrd. € für ökologische Mobernisierung freimaschen. Wir müssen außerdem an der Kreislaufwirtschaft arbeiten. Zu oft landen wiederverwertbare Rohstoff e in der Verbrennung, statt wieder genutzt zu werden. Wir wollen echte Mehrwegpfangsysteme und verbindliche Recyclingquoten.

## D- Landwirtschaft

Die Landwirtschaft muss von Grund auf umgebaut werden. Vor allem ist die Anzahl der Tiere an die vorhandene Fläche anzupassen und der Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln zu reduzieren.

Welchen Anteil der ökologischen Landwirtschaft (derzeit 7% in D) streben Sie bis 2025 an?

Bis 2025 streben wir 20% Ökolandwirtschaft an, bis 2050 100%.

Halten Sie eine Reform des Tierschutzgesetzes und schärfere Kontrollen für nötig?

Das Tierschutzgesetz und die darauf basierende Tierschutznutztierhaltungsverordnung müssen nachgebessert werden. Standards müssen tiergerechter und umweltfreundlicher werden. Für jedes Tier braucht es eine wissenschaftlich ausgearbeitete Haltungsverordnung. Es kann nicht sein, dass es

bundesweit bspw. keine Verordnung zur Haltung von Puten gibt. Auch die besten Standards sind jedoch nutzlos, wenn sie unkontrolliert bleiben. Wir brauchen regelmäßige wie spontane Kontrollen.

Sind Sie bei tierischen Produkten für eine Kennzeichnungspflicht in Bezug auf die Haltungsform der Nutztiere und Herkunft der Futtermittel, z.B. Gentechnik?

Ja. Zudem möchten wir eine Kennzeichnung von Fleisch nach dem Vorbild der Eierkennzeichnung.

Unterstützen Sie unsere Forderung nach einer gesetzlichen Begrenzung des Baus weiterer Ställe?

Es kommt meiner Meinung nach nicht auf die Zahl der Ställe, sondern auf die Qualität der Ställe an. Mir sind 100.000 Ställe mit je 40 Kühen in bäuerlicher Bewirtschaftung lieber, als 4.000 Ställe mit je 1.000 Kühen ohne Weidegang. Eine pauschale Begrenzung erschließt sich mir nicht, eine regionale jedoch unbedingt. Denn wie in den Schweine- und Geflügelmetropolen sichtbar, bedeutet das mit ihnen verbundene Gülle- und Kotaufkommen ein massives Problem.

Halten Sie es für dringlich, die Verwendung der für die menschliche Gesundheit unverzichtbaren Reserveantibiotika in der Tierhaltung einzustellen?

Ja. Ich weiß aus der Praxis, dass die richtige Haltungsform die Notwendigkeit des Antibiotikaeinsatzes minimiert. Ziel muss es sein, die Bildung resistenter Keime zu verhindern und nicht noch mehr heranzuzüchten.

Sollten auch die sogenannten „Neuen Gentechniken“ nach dem Gentechnikrecht geregelt werden, da es sich auch dabei um Manipulationen am Erbgut handelt?

Ja.

## E- Naturschutz

1. Hormonell wirksame Schadstoffe in Alltagsprodukten und Lebensmittelverpackungen, hochfrequente Funkstrahlung der mobilen Kommunikation und Nanotechnologien gefährden die Natur und Gesundheit des Menschen. Muß das Vorsorgeprinzip, der unverzichtbare Grundsatz des Umwelt- und Gesundheitsschutzes, wieder Vorrang gegenüber wirtschaftlichen Interessen haben?

Ja, wo für Rendite auf Kosten der Umwelt und der Gesundheit der Tiere und Menschen gewirtschaftet wird, muss dringend ein Umdenken stattfinden. Wir wollen eine nachhaltige Wirtschaft und keine, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen zerstört.

2. Werden Sie sich für ein sofortiges Verbot besonders gefährlicher Pestizide wie Glyphosat und Neonikotinoide einsetzen?

Ja. Es geht ohne, zahlreiche Betriebe leben es vor.

3. Viele Insekten wie Bienen und Hummeln sind für die Bestäubung von Nahrungspflanzen, Obstbäumen und Blumen unverzichtbar. Bis wann sollte der vom BUND vorgeschlagene nationale Bienenaktionsplan zum Schutz von Insekten umgesetzt werden?

Bis 2020.

4. Unterstützen Sie eine Ausweitung des Bundesprogramms „Blaues Band“ auf die Renaturierung von mindestens 5.000 Flußkilometern?

Ja.

5. Sollten für die Forstwirtschaft gesetzliche ökologische Mindeststandards gelten?

Ja. Bei der Bewirtschaftung unserer „Grünen Lunge“ sollte Wert auf Nachhaltigkeit gelegt werden.

## F- Flächenverbrauch und -nutzung

Ungeachtet der Zersiedelung ehemals ländlicher Lebensräume und des Wucherns von Städten werden nach wie vor Neubaugebiete ausgewiesen und Verkehrswege angelegt.

1. Bis wann sollte Ihrer Meinung nach der Flächenverbrauch in Deutschland auf Null reduziert werden?

Ja. Siehe oben.

2. Sollte die Sanierung und Umnutzung bereits bebauter Flächen Vorrang vor Neuerschließungen haben? Wie stehen Sie beispielsweise zu den geplanten Neubaugebieten in Enkenbach-Alsenborn und Bruchmühlbach?

Sanierung und Umnutzung bereits bebauter Flächen sollte Vorrang haben. Neuerschließungen müssen vermieden werden.

3. Unterstützen Sie unsere Forderung nach der Schaffung von 200.000 Hektar natürlicher Lebensräume in den ländlichen Regionen und mit einem „Bundesnetzplan Biotopverbund“ zu verknüpfen und zu sichern?

Ja.

4. Sind Sie dafür, mindestens 50 Prozent der Fläche der marinen Natura-2000-Gebiete frei von jeder Nutzung zu halten?

Ja.

5. Mindestens zwei Prozent der Landfläche sollen nach Ansicht des BUND zu Wildnisgebieten und zehn Prozent der Waldfläche zu Naturwäldern werden. Welches Ziel hat Ihre Partei?

Fünf Prozent der Waldfläche, 2 Prozent der Landfläche.

Für Ihre Mühe bedanken wir uns im voraus recht herzlich. Bei Ihrer ggf. erfolgreichen Wahl in den Deutschen Bundestag werden wir bei Bedarf auf Ihre Aussagen zurückkommen!

Freundliche Grüße,

Tobias Wiesemann

BUND, Kreisgruppe Kaiserslautern